

Gemeinsame parteiübergreifende Erklärung zur Europawahl am 9. Juni 2024

von Amts- und Mandatsträger*innen mit Migrationsgeschichte und Rassismuserfahrung

Vor 75 Jahren wurde das Grundgesetz beschlossen, das die Unantastbarkeit der Menschenwürde und unverbrüchliche Grundrechte festlegt und auch Demokratie, Rechtsstaat und Sozialstaatsprinzip mit der Ewigkeitsgarantie schützt. Diese Errungenschaften sind Lehre aus dem Holocaust und den Verbrechen Deutschlands in der NS-Zeit.

Zum 75. Geburtstag des Grundgesetzes machen wir uns angesichts des massiven Rechtsrucks, der Verrohung der politischen Debatte und den Übergriffen auf Geflüchtete und Politiker*innen sowie auf Menschen, die nicht ins rechte Weltbild passen, große Sorgen um unser Zusammenleben. Gerade im Hinblick auf die anstehenden Wahlen zum Europaparlament und in drei ostdeutschen Bundesländern sind diese Entwicklungen gefährlich.

Die öffentlich gewordenen Deportationspläne der AfD, die jüngsten Übergriffe auf Politiker*innen von Rechts, die aktuellen migrationspolitischen Debatten sowie der zunehmende Antisemitismus, Antiziganismus und Rassismus verschärfen das gesellschaftliche Klima immer stärker. Desinformation und Hass wird verstärkt über soziale Medien verbreitet und erreicht viele, vor allem junge Menschen. Wir erfahren täglich, welche Auswirkungen diese Stimmungsmache gerade auf Menschen mit Migrationsgeschichte und die verschiedenen migrantischen Communities hat, die sich nicht mehr sicher fühlen.

Weil wir denken, dass es jetzt wichtiger denn je ist, einen parteiübergreifenden Konsens zur Verteidigung der Demokratie und unserer vielfältigen Gesellschaft zu erreichen, haben wir diese Erklärung verfasst. Wir erwarten von allen demokratischen Parteien, dass sie keine Kooperationen mit rechtsextremen Parteien, wie der AfD, eingehen – weder auf kommunaler noch auf Landes-, Bundes- und Europaebene.

Migrationsfeindliche Debatten haben direkte negative Auswirkungen auf die Sicherheit von Geflüchteten und Menschen mit Migrationsgeschichte. Wir fordern daher alle demokratischen Parteien dazu auf, sich nicht an migrationsfeindlichen Debatten zu beteiligen, sondern durch faktenbasierte Arbeit rechten Narrativen entgegenzuwirken.

Aufgabe von Politik ist es, in Anerkennung des Artikel 1 des Grundgesetzes, der die Menschenwürde aller Menschen schützt, klar Haltung dafür zu zeigen, dass alle Menschen, die in Deutschland leben – völlig unabhängig von Herkunft und Lebensweisen – Teil dieses Landes und hier in Freiheit und Frieden leben können müssen.

Wir halten dem rechten antidemokratischen und autoritären Gesellschaftsbild die Vision einer Einwanderungsgesellschaft, in der alle Menschen die gleichen Rechte haben, entgegen. Und wir glauben daran, dass der Kampf gegen Antisemitismus, Antiziganismus und Rassismus unteilbar ist.

Uns macht Hoffnung, dass sich während der Fluchtbewegungen 2015 und 2016 aus Syrien und vor zwei Jahren aus der Ukraine tausende Menschen überall in Deutschland solidarisch gezeigt, Geflüchtete unterstützt und bei sich aufgenommen haben. Die Proteste und breiten zivilgesellschaftlichen Bündnisse, die in den letzten Wochen und Monaten Millionen von Menschen für Solidarität und Demokratie auf die Straße gebracht haben, machen uns Mut. Diese Demokratie- und Willkommensbewegungen zu stärken ist unser aller Aufgabe.

Zivilgesellschaftliches und demokratisches Engagement müssen geschützt und gestärkt werden. Wir fordern daher den zügigen Abschluss eines wirkungsvollen Demokratiefördergesetzes. Essenziell dafür ist auch, einen effektiven Diskriminierungsschutz durch die Stärkung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes sicherzustellen.

Als Parteien haben wir außerdem die Aufgabe, alle Menschen – unabhängig von ihrer Herkunft, Sprache oder Religion – anzusprechen und zur Beteiligung an Wahlen und zu politischem Engagement zu motivieren. Dafür und für die Anerkennung gesellschaftlicher Realitäten in der Einwanderungsgesellschaft ist auch bedeutend, dass alle Hürden, die einer Mitwirkung in Parteien entgegenstehen, überwunden werden und wir es schaffen in unseren eigenen Reihen die Vielfalt der Bevölkerung Deutschlands abzubilden. Knapp 30 Prozent der Menschen in Deutschland haben eine Migrationsgeschichte und in manchen Teilen Deutschlands machen sie sogar die Hälfte der Bevölkerung aus.

Die Möglichkeit der Teilhabe Aller auf allen Ebenen am gesellschaftlichen Leben ist wesentlich für die Demokratie, genauso wie das Versprechen auf Chancengleichheit. Diese Werte stehen unter Druck und wir müssen sie über Parteigrenzen hinweg verteidigen.

Denn für uns, unsere Eltern- und Großelterngeneration war Deutschland ein Zufluchtsort, ein Ort der Sicherheit und Demokratie versprach. Dieses Demokratieversprechen soll auch für die Zukunft gelten.

Deshalb, am 9. Juni eine demokratische Partei wählen!

Unterzeichner*innen (in alphabetischer Reihenfolge):

Sanae Abdi, MdB, SPD

Gökay Akbulut, MdB, Die Linke

Reem Alabadi Radovan, MdB, Beauftragte der Bundesregierung für Antirassismus, Staatsministerin für Migration, Flüchtlinge und Integration, SPD

Muhanad Al-Halak, MdB, FDP

Ayşe Asar, Landesvorstand Hessen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Sevim Aydin, MdA Berlin, SPD

Canan Bayram, MdB, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Maryam Blumenthal, MdHB Hamburg, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Tuba Bozkurt, MdA Berlin, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Ongoo Buyanjargal, Landesvorstand Linke Berlin

Derya Çağlar, MdA Berlin, SPD

Deniz Çelik, MdHB Hamburg, Die Linke

Hakan Demir, MdB, SPD

Filiz Demirel, MdHB Hamburg, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Doreen Denstädt, Thüringer Ministerin für Migration, Justiz und Verbraucherschutz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Karamba Diaby, MdB, SPD

Djenabou Diallo Hartmann, MdL Niedersachsen, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Pegah Edalatian, Stellvertretende Bundesvorsitzende, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Elif Eralp, Mda Berlin, Die Linke

Romeo Franz, MdEP,

Schahina Gambir, MdB, Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Anna Gorskih, MdL Sachsen, Die Linke

Ateş Gürpınar, MdB, Die Linke

Bahar Haghani-pour, Mda Berlin, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Pierrette Herzberger-Fofana, MdEP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Marcel Hopp, Mda Berlin, SPD

Lamya Kaddor, MdB, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Cansel Kiziltepe, Berliner *Senatorin* für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung, SPD

Ferat Koçak, Mda Berlin, Die Linke

Sofia Leonidakis, MdBB Bremen, Die Linke

Thevagar Mohanadhasan, Stellvertretender Juso-Bundesvorsitzender, SPD

Zohra Mojadeddi, MdHB Hamburg, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Jian Omar, Mda Berlin, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Cansu Özdemir, MdHB Hamburg, Die Linke

Orkan Özdemir, Mda Berlin, SPD

Ye-One Rhie, MdB, SPD

Deniz Seyhun, Stellvertretende Vorsitzende Linke Berlin

Tarek Shukralla, Landesvorstand Linke Berlin

Kassem Taher Saleh, MdB, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Sinem Taşan-Funke, Stellvertretende Vorsitzende SPD Berlin

Awet Tesfaiesus, MdB, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Derya Türk-Nachbaur, MdB, SPD

Yusuf Uzundağ, MdHB Hamburg, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Damiano Valgolio, Mda Berlin, Die Linke

Für weitere Fragen:

Elif Eralp, Mda Berlin, Die Linke

E-Mail: eralp@linksfraktion.berlin

Awet Tesfaiesus, MdB BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

E-Mail: awet.tesfaiesus@bundestag.de

Orkan Özdemir, Mda Berlin, SPD

E-Mail: Orkan.Oezdemir@spd.parlament-berlin.de

